



Herausgeber: DPoIG Hamburg

Holzdamms 18
20099 Hamburg
Telefon (040) 25 40 26 - 0
Telefax (040) 25 40 26 - 10

dpolg@dpolg-hh.de

www.dpolg-hh.de

V.i.S.d.P.: Thomas Jungfer

23.11.2021

DPoIG Hamburg: Steuermehreinnahmen und die aktuelle Steuerschätzung bieten dem Hamburger Senat genug Spielräume, um Sparmaßnahmen bei der Polizei abzuwenden!

Die von Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD) aktuell vorgestellte Steuerschätzung zeigt deutlich, dass Hamburg finanziell erneut wesentlich besser durch die bisherige Corona-Pandemie gekommen ist, als ursprünglich befürchtet wurde. Gut 1,1 Milliarden Euro mehr an Steuern hat Hamburg in den ersten neun Monaten dieses Jahres eingenommen als im Vergleichszeitraum 2020.

Im vergangenen Jahr hat die Stadt rund zwölf Milliarden Euro an Steuern verbucht. Das sind fast eine Milliarde mehr als im Mai 2020 geschätzt wurde. Die Folge war, dass Hamburg nur die Hälfte der Corona-Notkredite in Anspruch nehmen musste. Jetzt sieht es also noch besser aus, weil unter anderem die Einnahmen aus der Gewerbe- und Umsatzsteuer gestiegen sind. Das Einnahmeplus kommt darüber hinaus außerdem durch die sogenannte Abgeltungssteuer und die Grunderwerbssteuer zustande.

Dazu Thomas Jungfer, Landesvorsitzender der DPoIG Hamburg: „Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) fordert, dass die positive Entwicklung der Steuereinnahmen auch dazu führt, dass bereits diskutierte und offenkundig eingepreiste Sparmaßnahmen bei der Polizei obsolet werden. Der kommende Doppelhaushalt darf kein Sparhaushalt zu Lasten der inneren Sicherheit werden.

Ich erwarte, dass die Leistungsbereitschaft meiner Kolleginnen und Kollegen, die nicht zuletzt in der Pandemie besonders gefordert sind, vom Senat anerkannt und gewürdigt wird. Wir befinden uns mitten in der vierten Corona-Welle und die Durchsetzung sowie die Kontrolle der Corona-Maßnahmen bleiben wesentliche Aufgaben der Polizei. Personalkürzungen, Stellenstreichungen, Wiederbesetzungssperren oder Sachmittelkürzungen sind das völlig falsche, nicht sachgerechte und vor allem demotivierende politische Signal!

Ein Rückfall in Zeiten als die Polizei in erster Linie als Kostenfaktor gesehen wurde, darf es nicht geben.“

Bei Rückfragen:

Thomas Jungfer, Landesvorsitzender, Tel.: 0172-5696287